



Neujahrsrede  
von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller  
zum Neujahrsempfang der Stadt Lahr  
am 10. Januar 2015 in der Stadthalle Lahr

---

**- Sperrfrist: Samstag, 10.01.15, 20:00 Uhr-**  
**- Es gilt das gesprochene Wort. -**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich neige nicht dazu, mit der Tür ins Haus zu fallen und versuche gleichzeitig stets, lange Einleitungen zu vermeiden. Deshalb möchte ich gleich zu Beginn einige Anmerkungen zu unserer mittelfristigen Finanzplanung machen. Damit falle ich einerseits nicht ins Haus, weil sie kein wesentlicher Inhalt meiner Rede sein wird und ich komme andererseits ohne Umschweife zu Diskussionen des vergangenen Jahres, die zukunftsrelevant sind: Was können wir uns wann leisten? Es ging hierbei hauptsächlich um die Beschlüsse zur Sanierung des Kanadarings, um das Stadtgeschichtliche Museum und die Planungen für den Stegmattensee auf dem LGS-Gelände.

Ich will Ihnen hierzu eine einfache und übersichtliche Rechnung präsentieren:

Wir haben in den vergangenen 17 Jahren im Durchschnitt jedes Jahr über 10 Millionen Euro, insgesamt etwa 170 Mio Euro freie Mittel, in unsere Stadt investiert und daneben noch rund 14 Millionen Euro an alten Schulden abgebaut. Dieser Investitionsumfang in Höhe von rund 10 Millionen Euro pro Jahr ergibt bis zur Landesgartenschau im Jahre 2018 in den verbleibenden vier Jahren 40 Millionen Euro. Aus diesem Betrag lassen sich die Landesgartenschau in ihrem Kernbereich einschl. der Brücke ebenso wie die Investitionen in den Kanadaring finanzieren. Und wir investieren schuldenfrei zusätzlich 18 Mio Euro in die weitere Stadtentwicklung.

Neue Schulden werden wir in den kommenden Jahren machen müssen für Investitionen, die wir im Rahmen der Landesgartenschau vorziehen: Die neuen Sporthallen und die Kindertagesstätte auf dem LGS-Gelände. Wir schaffen dadurch Werte, aber die Einnahmen lassen sich nicht vorziehen.

Welche Alternativen hätten wir zu den Kreditaufnahmen? Nun, sie sind schnell aufgezählt. Wir hätten auf die

Landesgartenschau verzichten können, könnten die Sanierung des Kanalarings oder eben die notwendigen Bauten von Sporthalle und Kindertagesstätte verschieben. All dies ist diskutabel, aber kaum als realistische Option vorstellbar.

Die Landesgartenschau ist unser zentrales Zukunftsobjekt für die nächsten zwei Jahrzehnte. Wir haben sie nicht geschenkt bekommen, wir haben sie uns erarbeitet, wir mussten dafür kämpfen. An ihr macht sich der Wille der Stadt Lahr fest, nicht nur Bestandserhaltung zu betreiben, sondern sich zu entwickeln. Mit dem Spatenstich am 30. Januar 2015 läuten wir nun auch baulich sichtbar einen Entwicklungsschub ein, der unsere Stadt für die nächsten beiden Jahrzehnte prägen wird. Der Verzicht auf den Hallenbau und die Kita würde uns zwar die Kreditaufnahme ersparen, uns aber einer zentralen Entwicklungschance berauben. Die Kindertagesstätte brauchen wir, weil wir nach wie vor Betreuungsplätze benötigen – wir dürfen uns freuen, dass bei uns die Kinderzahlen nicht so schnell fallen wie in anderen Städten. Die KiTa ist außerdem mit dem musealen Begleitgebäude für das römische Streifenhaus synergetisch verbunden. Und die Hallen

bekommen für ihre Nutzung im Rahmen der Landesgartenschau steuerliche Vorteile, also Geld.

Für die Halbierung der Sanierungszeit des Kanadaring gab es gute Gründe, im Gemeinderat waren sie alle diskutiert worden. Der Vorzeigecharakter während der Landesgartenschau spielte dabei ebenso eine Rolle wie die Überlegungen, wohnungsbaupolitische Ziele nicht hinter städtebauliche zu setzen. Es ist bekannt, dass die Stadtverwaltung und ich persönlich hier durchaus auch Finanzierungsbedenken geltend machten, die sich auf die halbierte Sanierungsdauer bezogen, aber keineswegs auf das Projekt an sich: Von Anfang an eint den Gemeinderat, die Städt. Wohnungsbaugesellschaft und die Stadtverwaltung der Gestaltungswille, eines der wichtigsten Wohnquartiere der Stadt nachhaltig zu sanieren. Der Kanadaring wird in mobilitätszentraler Lage der Stadt sowie in direkter Verbindung zu den Sport- und Naherholungsparks der Gartenschau langfristig deutlich wohnattraktiver sein als heute. Ich bin sicher, der Kanadaring wird für breite Gesellschaftsschichten in der Stadt Lahr und für Zuziehende noch attraktiver sein.

Großes Einvernehmen besteht auch hinsichtlich der Bahnhofssanierung samt Gestaltung des Belleviller Platzes. Allein dieser ist für sich genommen ein Vorhaben, das die Stadt in der täglichen Wahrnehmung von tausenden Menschen einen großen Schritt in die Zukunft, in die Moderne bringen wird. Jedenfalls wenn man es mit der heutigen Situation vergleicht. Wer wird sich dann noch die alte Situation vorstellen mögen oder gar zurückwünschen, um stattdessen zwei, drei Millionen Rücklagen im Juliusturm lagern zu können? Ich wiederhole gerne das Motto meiner Haushaltsrede vom 10. November 2014: „Den richtigen Zeitpunkt erkennen und entscheiden“. Nach Jahrzehntelangem vergeblichen Mühen, werden erst jetzt durch die LGS die Bahnhofssanierung und der Umbau des Belleviller Platzes möglich.

Meine Damen und Herren,  
es gibt sehr gute, nach meiner Meinung sogar zwingende Gründe, diese Projekte aus einem Guss anzugehen. Wir haben eine gute Einnahmenentwicklung und dank der hohen Fördermittel bewegen wir uns mit diesem Investitionsprogramm auch eindeutig im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten.

Ich will an dieser Stelle ergänzen, dass wir uns auch wirtschaftspolitisch auf einem guten Weg befinden. Nach den zuletzt verfügbaren Werten ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten innerhalb von 21 Monaten um fast genau 1.000 gestiegen. Einschl. der Geringfügig Beschäftigten liegen wir zum 31.03.2014 jetzt bei 25.000 Beschäftigten. Nach dem massiven Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie in den zurückliegenden Jahrzehnten und dem Konversionsgeschehen der neunziger Jahre, ist dies ein imposanter Entwicklungswert und mehr als nur eine Konsolidierungszahl.

Und in genau diesem politischen Rahmen, bewegt sich der Entschluss des Gemeinderats zur Finanzplanung. Er war mutig, er war richtig und er war auch konsequent. Und zu dieser Konsequenz gehört auch, B zu sagen, nachdem A gesagt wurde. B ist das nun umzusetzende Entschuldungskonzept, das ebenso wie in der Vergangenheit die städtischen Schulden Jahr für Jahr wieder zurückfährt. Und es ist gleichzeitig eine politische Linie, die strikt zukunftsorientiert ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vielleicht erinnern Sie sich noch. Am 9. November des vergangenen Jahre fand hier in der Stadthalle vor ähnlich gefülltem Haus wie jetzt ein bemerkenswertes Ereignis statt. In einer Mischung aus Gespräch und Konzert haben wir an den Mauerfall vor 25 Jahren und die deutsche Wiedervereinigung erinnert. Zugegeben – eine Stunde Rockmusik war für manche durchaus eine Übung in Duldsamkeit, aber darüber möchte ich jetzt nicht sprechen. Ich möchte vielmehr an jene Zeit von 1989 erinnern und daran, welche Hoffnungen wir damals hatten. Ich weiß nicht, wer sich von Ihnen daran noch erinnert, aber jene Jahre waren ja vor allem Jahre der Utopien und Wünsche. Von „Friedensdividenden“ war damals die Rede, davon, dass jetzt nach den langen Jahren des Kalten Krieges endlich das Zeitalter der Zusammenarbeit, des Friedens und des allgemeinen Fortschritts angebrochen sei. Ein amerikanischer Soziologe postulierte das „Ende der Geschichte“ und, dass jetzt der Liberalismus gesiegt habe über alle totalitären und fundamentalen Versuchungen. Nur wenige Jahre währte diese Zeit der Illusionen und wir mussten schnell erkennen, dass wir

doch wieder in alte Muster zu entfallen drohen. Stichworte brauche ich hier nicht zu nennen!

Heute stehen wir im achten Jahr der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Europaskepsis scheint zum guten Ton zu gehören, dem religiösen Fundamentalismus tritt politischer Populismus entgegen. Die Welt ist keineswegs klarer und übersichtlicher geworden, von allgemeinem Frieden sind wir weit entfernt. Sonntags reden wir gerne von Völkerverständigung und Solidarität, am Montag gehen Menschen dann auf die Straße und fordern das Gegenteil. Es scheint, dass unsere Alltagskultur unser Sonntagsdenken eingeholt hat und zur Wirkungslosigkeit verurteilt. In der Praxis gestalten Sie die Abstraktion sind wir meist ziemlich schlechte Abendländer und das heißt, schlechte Christen und da tröstet es eigentlich kaum, dass es auch schlechte Moslems gibt. So als ob ein Übel ein anderes rechtfertigen könnte.

All das hat auch etwas mit unserer Stadt zu tun. Flüchtlinge erreichen auch Lahr, auch Lahrer glauben an Allah und Hartz IV ist auch hier kein neues deutsches Mittelgebirge, sondern für manche unter uns soziale Wirklichkeit. Auch wir haben also

allen Grund, uns Gedanken zu machen und politisch zu handeln.

Nun ist Lahr zwar eine im Vergleich eher kleine Stadt, deshalb aber ist Politik in ihr noch lange keine Kleinigkeit. Wer aber ist dafür zuständig? Vor einiger Zeit war die Antwort auf diese Frage noch klar: Die Politiker, natürlich. Schließlich sind sie dafür gewählt worden und werden oft auch dafür bezahlt.

Politiker, so haben wir in der Schule gelernt, repräsentieren und vertreten uns.

Aber im 21. Jahrhundert ist Politik komplexer geworden. Das Zauberwort heißt: Zivilgesellschaft. Unter Zivilgesellschaft versteht man (in Anlehnung an wikipedia) den "Bestandteil von Gesellschaft bzw. eine Art von Gesellschaft, die nicht Ausfluß staatlichen Handelns ist, sondern sich dem Handeln und der Kooperation einzelner Menschen oder gesellschaftlicher Gruppen verdankt."

Staat wird mit Politik in Verbindung gebracht, es gibt –vielleicht deshalb- eine Tendenz, Politik als gefährlich zu betrachten; sie

sei abgehoben, habe den Bezug zur Wirklichkeit, zur Bevölkerung verloren.

Doch wer verächtlich auf die Politik schaut und dann voller Hoffnung auf die Zivilgesellschaft, der riskiert viel. Pegida etwa ist Zivilgesellschaft, Hooligans oder religiöser Fundamentalismus sind es auch. Zivilgesellschaft kann aber auch die Batterie sein, die Politik überhaupt erst ermöglicht. Sie formuliert Utopien und Ziele. Sie weist auf technische oder bürokratische Fehlentwicklungen hin. Sie erreicht Winkel, in die offizielle Politik nie gelangen kann. Das ist das Sensible – und in diesem Winkel liegt der Nährboden von vielen Protestbewegungen und von Radikalisierungen.

Der vorgestern veröffentlichte ARD-Deutschlandtrend hatte unter anderem um Bestätigung oder Verneinung folgender Aussage gebeten:

"Die Interessen der Bürger werden von der Politik ausreichend berücksichtigt".

Dem konnten nur 21 % zustimmen, unter Pegida-Sympathisanten sogar nur 12 %. Durchaus beunruhigende Zahlen, wie ich meine, auch wenn die Werte auf kommunaler Ebene sicher anders aussähe.

Das Verhältnis zwischen Vorpolitischem und Politischem hat sich neu definiert. Wenn immer mehr Menschen nicht wählen gehen, wenn immer weniger Menschen sich durch Politiker repräsentiert sehen, was heißt das dann? Diese Frage müssen wir uns auch in Lahr stellen.

Was heißt es, wenn auf einen Zeitungsbericht zig Online-Beiträge in den sozialen Medien eingehen? Was sind bloß lautstark vorgetragene Einzelmeinungen und was ist Volkes Stimme, sprich Mehrheit? Worauf beziehen sich Mehrheiten? Gerade die Frage nach den Mehrheiten, dieses eherne Demokratieprinzip, gilt im politischen Raum als Grundkonsens und ist dort meist leicht zu beantworten. Es wird gezählt! Ganz im Gegensatz zum vorpolitischen Raum in der Zivilgesellschaft. Was bedeutet es, wenn zu einem GR-Beschluss hundert oder mehr Unterschriften dagegen vorgelegt werden? Wie repräsentativ sind drei im Tenor gleichgerichtete Leserbriefe zum gleichen Thema? Wir bewerten und gewichten wir das?

Sehr geehrte Damen und Herren,  
es ist klar, dass ich ein großer Verfechter der repräsentativen Demokratie bin.

Es ist mir aber persönlich ein besonderes Anliegen, das Verhältnis zwischen Vorpolitischem und Politischem immer wieder neu auszutarieren, auch die Gewichte in einer guten Balance zu halten. In diesem Bestreben weiß ich mich einig mit den Fraktionen des Gemeinderats mit den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung.

Wir haben Agendagruppen, Bürgerinformationen, neue Beteiligungs- und Informationsformen, wir haben eine Online-Redaktion für die sozialen Medien. Wir haben drei Tageszeitungen, Transparenz, ein offenes Ohr wie der Bürgersprechstunde und aktivierende Beteiligungsmöglichkeiten sollen Brücken sein zwischen etablierten Institutionen wie dem Gemeinderat und den Bürgern, eine Verbindung zwischen repräsentativer und Basisdemokratie. Ein wichtiges Stichwort ist in diesem Kontext auch die Frage nach der Verantwortung. Ein Gemeinderat, erst Recht das Gremium, steht in der Verantwortung seiner Entscheidung und bleibt in dieser Verantwortung! Wie sieht es dort bei der Basisdemokratie aus?

Viel ist noch in der Experimentierphase, und vor allem ist noch nicht so recht zu sehen, wie das Kerngeschäft des Politischen, der Kompromiss, zivilgesellschaftlich gestaltet werden kann.

Dies lässt sich zum Beispiel an der Innenstadtpolitik in Lahr zeigen. In unserer Innenstadt treffen zahlreiche Interessen aufeinander. Konsumenten möchten hier gut, sicher und bequem einkaufen. Einzelhändler möchten sichtbar und gut erreichbar sein. Anwohner möchten ihre Ruhe haben, Flaneure suchen das Nachtleben und Denkmalschützer möchten das Alte bewahren. Für Marketingleute bildet die Innenstadt eine Visitenkarte und den Ort für Events, für Architekten den Ort aufregender Neuerungen, die Grundstückspreise sind hoch, die Mieten und Pachten sollten aber bezahlbar sein.

Alteingesessene Einwohner haben ihre Rechte und Gewohnheiten, Neuhinzuziehende bringen die ihren mit. Hier Entwicklung zu betreiben, kann die Quadratur des Kreises bedeuten.

Konflikte, die daraus resultieren, kennen Sie alle. Stadtfeste etwa beleben Innenstädte, ziehen Gäste an und sorgen für Bekanntheit und Attraktivität von Gemeinden. Auf der anderen

Seite stellen sie Belastungen für Anwohner dar. Notorisch ist auch der Konflikt zwischen den nach Sicherheit und Ruhe strebenden Fußgängern in gesicherten Zonen und dem immer wieder artikulierten Bedürfnis des Einzelhandels nach Parkplätzen und automobiler Erreichbarkeit. Gaststädten in Innenstädten stellen ein notwendiges Element dar, die Nachtruhe allerdings auch. Auch wollen wir, dass wieder mehr Menschen in Innenstädte ziehen, diese aber sind ganz anders aufgebaut als Wohnviertel mit Spielplätzen und Grünflächen. Ich könnte mit der Aufzählung solcher Spannungen noch eine ganze Weile weitermachen, aber ich denke, es ist klar geworden, worauf ich hinaus will: Eine Stadt ist immer eine Zusammensetzung aus unterschiedlichsten sozialen Gruppen und ökonomischen oder ökologischen Interessen. Und Stadtpolitik besteht aus einer langen Kette von Abwägungen, Kompromissen und letztlich Entscheidungen. **Unsere Stärke besteht in dem Maße, wie wir in der Lage sind, solche Entscheidungen zu fällen. Entscheidung heißt immer auch, es gibt Verantwortung und Verantwortliche.** Und hier sind wir auf dem Gebiet, das weit mehr betrifft, als unsere Innenstadt.

Nehmen wir zum Beispiel den geplanten Moscheebau. Hier sind religiöse und gesellschaftliche Interessen von mehr als tausend muslimischen Lehrern betroffen. Das ist zwar keine Mehrheit der Lehrer; deren Interessenswahrung, so sollte man meinen, ist bei uns jedoch eine Selbstverständlichkeit. Und doch hat die Debatte manchmal eigenartige Untertöne, so als seien diese Interessen nicht gleichwertig mit anderen und deshalb nicht des Kompromisses wert. Es sei aber an dieser Stelle ganz deutlich festgestellt: Bei den Menschen, die in dieser Moschee beten oder sich treffen möchten, handelt es sich um Lehrer und an ihr Vorhaben sind die gleichen Kriterien anzulegen wie bei jedem anderen Bau eines Gebetssaales oder einer Mehrzweckhalle.

Widerspruch ist selbstredend zulässig, für mich persönlich aber nur dann moralisch legitim, wenn er andere Meinungen und Menschen als gleichberechtigt und gleichwertig in unserem Rechtsraum akzeptiert. Das ist die Grundlage für friedliches Zusammenleben – auch in Lahr, unabhängig von weltpolitischen Gegebenheiten und unabhängig von terroristischen Akten, die niemals zu rechtfertigen sind.

Die grausame Barbarei der Attentäter von Paris hat hauptsächlich in Frankreich, aber auch in Deutschland und weltweit Reaktionen hervorgerufen, die nicht nur Hilflosigkeit, sondern auch die Stärke der Zivilgesellschaft gezeigt haben:

Spontan haben sich auch bei uns Tausende solidarisiert und gegen Gewalt, gegen Einschüchterung und für Menschlichkeit und Meinungsfreiheit demonstriert.

Man muss die Karikaturen von Charlie Hebdo nicht mögen. Aber wir sollten, nein, wir müssen entschieden eintreten für die freiheitlichen Werte, die das Magazin verkörpert hat.

In diesem Sinne sehe ich es geradezu als Pflicht, heute mit unseren französischen Freunden aus dem Eurodistrikt und mit der Bevölkerung von Straßburg und vielen anderen Städten und Gemeinden in Frankreich zu sagen: "Je suis Charlie".

Applaudieren Sie gerne, wenn Sie dies als Zeichen des freiheitlichen Denkens unterstützen oder sich zu eigen machen möchten.

Wir wollen das Wort Toleranz in seiner Wurzel verstehen und leben. Es kommt nämlich von dem lateinischen Wort tolerare und bedeutet „erdulden“. Es ist keine Kunst, etwas zu

tolerieren, was man im Kern teilt oder auch betreibt. Die Leistung der Toleranz besteht darin, auch etwas zu dulden und erdulden, was man selbst nicht macht.

Hier gibt es Grenzen, keine Frage, aber in der Religionsausübung oder in der Schutzbedürftigkeit von Kriegs- oder Katastrophenopfern sind diese Grenzen bei Weitem noch nicht erreicht. Und auch wenn die Flüchtlingsunterbringung bei uns Kreissache ist und nur mittelbar der Stadtpolitik unterliegt, so ist doch das Klima, im dem Menschen bei uns eine neue Heimat finden – oder auch nur vorübergehenden Schutz – von uns Lehrern abhängig.

Lassen sich solche Herausforderungen zivilgesellschaftlich lösen? Oder stoßen in solchen Fällen dann letztlich doch nur zivilgesellschaftliche Gruppen an Montagabenden zusammen, zwischen die sich dann die Polizei – und das heißt: die Politik oder genauer: der Staat – stellen muss, damit sich die Zivilisten nicht die Köpfe einschlagen?

Nun, wahrscheinlich ist das übertrieben, aber es macht doch deutlich, vor welchen Aufgaben wir in Lahr stehen. Projekte wie die Landesgartenschau verstehen wir nicht als rein politische Angelegenheit. Nein, die LGS ist eine „res publica“ im

ursprünglichen Wortsinn, also eine öffentliche Angelegenheit. Und das schließt beides ein: politische Entscheidungen und die ständige Einbindung des Zivilen. Die laufende Rückbindung ins Vorpolitische, die Aktivität des Freundeskreises, Bürgerinformationen sind Zeichen dafür, dass der Gemeinderat und die Stadtverwaltung die Entwicklung der LGS verstehen und praktizieren als ein gesamtgesellschaftliches Projekt aller Lehrerinnen und Lehrer. Und sogar darüber hinaus, soweit das möglich ist.

Meine Damen und Herren,

in der Welt, im Lande und auch in Lahr also ist Politik komplexer geworden. Lassen Sie mich die Komplexität an einem aktuellen Projekt verdeutlichen, in dem sich Vergangenes, Zeitgenössisches und Künftiges wie in einem Brennglas fokussieren: Die Planungen für das Stadtgeschichtliche Museum in der alten Tonofenfabrik.

Im neuen Stadtgeschichtlichen Museum treffen sich mehrere zentrale politische Linien unserer Stadtentwicklung. Gleichsam wie in der Geschichte Vergangenheitslinien im Bündel auf die

Gegenwart zulaufen, bündeln sich hier zentrale Fragen unseres Wollens und Strebens. Finanzpolitik und Gestaltungswillen, Kultur und Wirtschaft, Vergangenheit und Zukunft stehen im Mittelpunkt aller Überlegungen zu diesem Museum und führten schließlich zu der jetzt vorliegenden Entscheidung.

Dabei waren drei Aspekte schließlich ausschlaggebend. Zum einen der Sachverhalt, dass es gelang, bedeutende Mittel aus dem Bereich der nördlichen Altstadtsanierung in die südliche Innenstadt umzulenken. Des Weiteren das Bewusstsein, dass es hier gelingen kann, einen zentralen, aber baubestandsbedingt potenziell problembeladenen Bereich der Innenstadt, wieder einer sehr hochwertigen und attraktiven Nutzung zuzuführen. Die südliche Innenstadt, die sonst Gefahr lief, von der dynamischen Entwicklung im nördlichen Bereich abgekoppelt zu werden, erfährt eine nachhaltige Stärkung. Und als Drittes und Letztes schließlich die Absicht, unserer sehr vielfältigen Geschichtspolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte jetzt endlich die Krone aufzusetzen. Das, was wir durch die Veröffentlichung unserer dreibändigen Stadtgeschichte begannen, über zahlreiche Jubiläen, Sonderveröffentlichungen, auch die Stadtteile betreffend, professionalisierte

Stadtführungen, regelmäßige Sonderausstellungen oder die Übernahme des Geroldsecker Landes fortgesetzt haben, soll jetzt seine didaktische und pädagogische Krönung erfahren. Ein Museum ist der Ort, die Stadtgeschichte 44.000 Menschen nahe zu bringen – weit mehr, als wir mit allen anderen Mitteln erreichen können.

Diese drei Aspekte – der Zuschuss, die Sanierungswirkung und die Modernisierung unserer Geschichtspädagogik – führten dazu, dass eine breite Mehrheit hinter diesem Projekt steht und sich auch –ähnlich wie bei der LGS- ein eigener Freundeskreis für das Stadtgeschichtliche Museum gegründet hat. Erst das Zusammentreffen dieser drei Aspekte brachte erst den Durchbruch für das Museum.

Die Lösung der virulenten Museumsfrage war seit den 1960er Jahren sozusagen ein weißer Fleck auf der Lahrer Karte der weichen Standortfaktoren.

„Weiche Standortfaktoren“, meine Damen und Herren - also Fragen etwa der Kultur- und Bildungspolitik – haben es immer schwerer als die harten Standortfaktoren. Eine Investition im Bereich der Industrieansiedlung etwa refinanziert sich in der

Regel selber. Die zurückfließenden Steuereinnahmen und die Arbeitsplätze legitimieren Infrastrukturmaßnahme in der Regel leichter als Kulturprojekte, ein neues Gewerbegebiet findet schneller Fürsprecher. Weiche Standortfaktoren dagegen haben es schwerer. Der argumentative Aufwand ist ungleich höher, der Beweis, dass gerade diese Investition die richtige ist.

Dieser Prozess lässt sich auch in Lahr beobachten. Die Chrysanthema etwa ist ganz unübersehbar ein Vorzeigeprojekt der weichen Standortfaktoren. Und doch muss sie sich zuallererst immer ökonomisch legitimieren. Wie viel kostet sie? Wie viel bringt sie? Nutzt sie dem Einzelhandel, schadet sie ihm? Ein wesentlicher Nutzen der Chrysanthema wird dabei gerne übersehen. Lahr hat mit ihr gezeigt, dass es aus eigener Kraft in der Lage ist, sich neu zu präsentieren, ja, zu erfinden. Hunderttausende Menschen kommen jedes Jahr, weil sie die Stadt schlicht schön finden, weil Lahr für drei Wochen eine Blumenstadt ist. Weil es schön ist, hier zu leben, seine Kinder großzuziehen und zu arbeiten.

In einem ähnlichen Kontext der weichen Standortfaktoren sehe ich auch die Chance zur Ansiedlung eines Jugend- und

Familienhotels im Park am Stegmattensee, kurz JUFA genannt. Die dauerhafte Präsenz von Jugendlichen und Familien im Stegmattenpark ist ein wichtiges Signal für die nachhaltige Nutzung des Parks nach der Landesgartenschau. Und die ganzjährige Präsenz von Jugendlichen und Familien in der Nähe des Römerhauses sichert auch dessen dauerhafte Frequentierung und museumspädagogische Nutzung inkl. des Stadtgeschichtlichen Museums. Und schließlich nehmen die Hotelgäste auch einen Eindruck von unserer Stadt Lahr und ihren Freizeitmöglichkeiten mit nach Hause.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich nach dieser umfangreichen tour d'horizon zu den Rahmenbedingungen aktueller städtischer Politik zu unserem Ausgangspunkt zurückkehren.

Die Chancen, dass nur wir allein in Lahr die generellen Herausforderungen für die repräsentative Demokratie lösen, stehen schlecht. Zu sehr sind wir abhängig von staatlichen Entscheidungen und internationalen Konjunkturen, die unabhängig von unserem Wollen und Wirken ihre Wirksamkeit entfalten. Aber egal, ob es nun um den Standort einer Moschee

oder eines Obdachlosenheims geht, um einen Badensee oder Details der Innenstadtentwicklung– wir dürfen nicht aufhören, darum zu ringen, unsere politischen Entscheidungen auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Wir dürfen nicht aufhören, wohlfeile, aber populistische Ressentiments gegen „die da Oben“ zurück zu weisen. Wir müssen möglichst viele Menschen einladen, sich an der politischen Gestaltung unserer Stadt zu beteiligen. Das kann, das ist mit viel Frustration verbunden. Frustration auf Seiten derer, die einladen – weil nur wenige Menschen dieser Einladung folgen – und Frustration auf Seiten derer, die der Einladung folgen – weil sie plötzlich merken, dass dies nicht automatisch damit verbunden ist, dass sich nun gerade ihre Ziele und Ansichten durchsetzen. Wir müssen uns alle immer wieder zwingen, politisch zu denken – und das heißt, in Formen der Kommunikation und des Kompromisses. Ich weiß, dass die internationale Lage zurzeit nicht den Eindruck erweckt, dass dieser Weg gangbar wäre. Doch ich bin überzeugt, dass dies in den Städten und Gemeinden also bei uns, auf unserer Ebene der einzig erfolgreiche Weg ist, Ziviles und Staatliches, Vorpolitisches und Politisches, Partikularinteressen und Gemeinwohlziele immer wieder miteinander zu verbinden. Dies gilt für Lahr, für andere Städte

auch für unsere Partnerschaften: Dole, Belleville und Alajuela.  
Kompromiss geht dem Konsens voraus, Toleranz dem  
Verständnis. Ich bin sicher, dass in Lahr Politik und  
Zivilengagement letztlich auf demselben Fundament bauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vielleicht ist ja an der kleinen Geschichte, mit der ich diese  
Neujahrsrede schließen möchte, etwas dran:

Eines Tages besucht ein Hund den Tempel der Tausend  
Spiegel. Er steigt die hohen Stufen hinauf, betritt den Tempel,  
schaut in die tausend Spiegel, sieht tausend Hunde, bekommt  
Angst und knurrt. Mit gekniffenem Schwanz verlässt er den  
Tempel in dem Bewusstsein: die Welt ist voller böser Hunde!  
Kurze Zeit später kommt ein anderer Hund in den gleichen  
Tempel. Auch er steigt die Stufen empor, geht durch die Tür  
und betritt den Tempel der Tausend Spiegel. Er sieht in den  
Spiegeln tausend andere Hunde, freut sich darüber und wedelt  
mit dem Schwanz. Tausend Hunde freuen sich mit ihm und  
wedeln zurück. Dieser Hund verlässt den Tempel in dem  
Bewusstsein: Die Welt ist voller freundlicher Hunde!

Ich kann Sie jetzt schlecht dazu auffordern, zu wedeln, womit auch immer, aber wenn ich Ihnen jetzt das Allerbeste und vor allem Gesundheit für 2015 wünsche, dann auch in der Absicht, dass Sie dazu beitragen mögen, dass wir in einer Welt der freundlichen Menschen leben.